

Im Angebot: Ein todsicheres Gemisch

*z.B. Mindestlohn,
35-Std. Woche und
Genossenherrschaft
in Bund und Ländern*

Fritz W. Peter

Gliederung:

Leserkommentar, 12.1.08:

„Mindestlohn, 35-Stunden-Woche, Wahlkampf-Sozialismus“

(S. 3)

WELT-Gastkommentar, 12.1.08:

„Die Parteien und der Mindestlohn. Eine reaktionäre Debatte“

(S. 4)

Leserkommentar, 9.1.08:

„Mindestlohn, Freibier und historisches Unwissen“

(S. 5)

WELT-Kommentar, 9.1.08:

„Warnung vor dem gesetzlichen Mindestlohn“

(S. 5)

Leserkommentar, 14.1.08:

„Der Amoklauf des Herrn Struck“

(S. 6)

WELT-Kommentar, 14.1.08:

„Warum die Große Koalition streiten muss“

(S. 7)

Dokumentation, 11.1.08:

„Deutschland, Hochlohnland“

(S. 7)

Einige Titelhinweise

(S. 8)

Leserkommentar zum Beitrag von Gerd Habermann in DIE WELT v. 12.1.08, S. 6: „Die Parteien und der Mindestlohn. Eine reaktionäre Debatte“. Habermanns Beitrag ist hier am Schluss meines Leserkommentars als Welt-online-Download wiedergegeben.

Mindestlohn, 35-Stunden-Woche, Wahlkampf-Sozialismus

Leserkommentar von Fritz W. Peter, 12.1.08

Wie kann man am besten die Axt an eine halbwegs funktionierende Wirtschaft legen?

Am besten wählt man ein populäres Thema, bei dem viele arglose Menschen geneigt sind, Zustimmung für etwas zu signalisieren, das sich vorteilhaft für sie darstellt und sich erst im späteren Verlauf als Akt der Zerstörung erweist. Kein Thema eignet sich hierfür besser als der Mindestlohn!

Wie man die Regenwälder abholzen und davon unter Umständen kurzfristig profitieren kann, so verspricht auch der Mindestlohn momentane Absicherung und hinterlässt danach verwüstete wirtschaftliche Verhältnisse.

Kleiner Rückblick: Waren die Gewerkschaftsfunktionäre und ihre politischen Fünften Kolonnen gut beraten, als sie die 35-Stunden-Woche erkämpften? Es war das große Thema in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Natürlich war es ein populäres Thema (man könnte auch sagen, ein Rattenfängerthema), denn wer wäre nicht davon begeistert, für gleiches Geld weniger zu arbeiten? Es gelang, die Leute hinter's Licht zu führen. Die Personalabteilungen quer durch die Republik (die deutsche wie die französische) schlugen sich mit den Ergebnissen damaliger Tarifbeschlüsse herum – nur um schon bald danach alles wieder zurückdrehen zu müssen. In den letzten 10 bis 15 Jahren wird faktisch wieder mindestens so lange gearbeitet wie vor dem kostspieligen und zeitraubenden damaligen Zeitverkürzungs-Experiment und meistens noch in sehr verdichteten Arbeitsabläufen.

Manches Extrem, das heute besteht, hätte durch kluges Handeln in damaligen Jahren für die Folgezeit abgefedert werden können, wenn man tarifpolitisch weniger an der Reduzierung der Arbeitszeit und stattdessen an der Maximierung der Schulungs- und Fortbildungsanteile am Arbeitsplatz orientiert gewesen wäre. Das aber war in der gewerkschaftlichen Tarifstrategie (vor allem der Metaller) nur ein luxurierendes Nebenthema, wirkliches Gewicht legte man lediglich auf die Arbeitszeitverkürzung. Nur letzteres wurde in den Rang eines Kriegsziels gehoben, nur dafür wurden die Ressourcen mobilisiert, nur dafür wurde geholt.

Die gewerkschaftlichen und politischen Trommler führen einen zweifelhaften Gewinn ein, einen Augenblicksgewinn ohne Nachhaltigkeit – ein einziger großer Flop, wie die heutige Realität der Arbeitswelt zeigt. Und ein weiteres Beispiel für sturen Aktionismus bzw. ein Beispiel mutwilliger Missachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge.

Gründlicher konnte die gewerkschaftliche und linke Weisheit eines ganzen Jahrzehnts nicht scheitern. Wohl auch deshalb wird das Thema kaum noch erwähnt, vor allem sollen aus der Erfahrung keine Lehren gezogen werden, denn dies wäre für den Aktionismus bei neuen ungeeigneten Themen hinderlich.

Womit wir wieder beim Mindestlohn wären. Die Mindestlohn-Straßenwalze soll die Sozialdemokratie wieder an die Macht bringen. Die Wahlkampf-Sozialdemokraten (die sozialistischen Demokraten der verschiedenen Schattierungen), sinnfällig repräsentiert vom Walzenführer Beck, haben das Thema rechtzeitig vor den diesjährigen Landtagswahlen entdeckt. Die wirtschaftlichen Aspekte „können mir mal“, sagen SPD-Verantwortliche. Hauptsache, wir kommen raus aus der ärgerlichen Verantwortung für das wirtschaftliche Ganze und raus aus den Fesseln einer nur bei Strafe zu vernachlässigenden bürgerlichen

Rationalität. Wir möchten endlich zurück zur vertrauten sozialdemokratischen Forderungsmoralität und bei Bedarf auch zur wärmenden Krawall-Haltung.

In schöner Deutlichkeit referiert Gerd Habermann wichtige unsoziale Aspekte und zerstörerische Wirkungen eines immer weiter gezogenen Mindestlohns für Deutschland. Dessen ungeachtet trommeln die Populisten. Auf die schwerwiegenden Einwände zu den sozialen und wirtschaftlichen Negativfolgen für unser Land – kurz gesagt, auf Argumente – haben sie nur die Antwort: „Die können uns mal!“

WELT online – 12. Januar 2008, 04:00 Uhr

Von Gerd Habermann

Gastkommentar: Die Parteien und der Mindestlohn

Eine reaktionäre Debatte

Wem wirklich Arbeitsplätze, ein individuelles Recht auf Arbeit und menschenwürdiges Leben am Herzen liegen, der kann die gegenwärtige Debatte über einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn für alle nur als (ökonomisch) Unsinn und (moralisch) anstößig, ja verwerflich beurteilen. Offenbar geht es darum, ökonomisch unwissende Wählerschaften zu fangen und insbesondere diejenigen, die zu den gesetzlich festgesetzten Konditionen noch beschäftigt werden können, gegen die Konkurrenz von "unten" zu schützen. Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die sich eben auch in der Höhe der Löhne ausdrückt, wird als "Schmutzkonkurrenz" oder gar "Lohndumping" gebrandmarkt. Wie viel Hochmut steckt hinter diesem Standpunkt gegenüber einfacher Arbeit! Wie viel Anspruchsdenken gegen den Staat und Verkennung der Wettbewerbsidee. Wie viel Skrupellosigkeit gegen Arbeitslose.

Die bestehende Arbeitslosigkeit ist bereits eine Folge der tarifvertraglich zwingenden Mindestlöhne, der sogenannten Entsendegesetzgebung und natürlich auch der Anreize, über staatlich gewährte Sozialtransfers keine angebotene Arbeit anzunehmen, die unter einem bestimmten für "menschenwürdig" gehaltenen, bei uns recht hohen Niveau liegen. Es ist absehbar, was geschehen wird, wenn die Politiker sich mit ihrem Mindestlohn in Höhe von sagen wir 7,50 Euro pro Stunde durchsetzen: Es werden Millionen Arbeitsplätze gefährdet, die unterhalb dieses Niveaus liegen, überdies wird die Entstehung von Arbeitsplätzen verhindert oder sie werden im Ausland generiert. Es wird also ein gesetzliches Arbeitsverbot über all diejenigen verhängt, die bereit wären, unter dem offiziellen Satz zu arbeiten, und die es für menschenwürdiger halten, von eigener, wenn auch schlecht dotierter Arbeit zu leben als müßig auf Kosten der Mitmenschen. Überdies: Was berechtigt eigentlich unsere Politiker dazu, dermaßen in die persönliche Vertragsfreiheit einzugreifen und angeblich mündigen Bürgern vorzuschreiben, zu welchen Konditionen – auch wie lange etc. – sie arbeiten dürfen. Dafür, dass niemand unter ein Existenzminimum herunter sinken muss, sorgt bereits unsere gut ausgestattete Sozialhilfe.

Mit dieser Debatte bewegen wir uns im Mittelalter. Damals ging es um das "standesgemäße Einkommen", von den Zunftverbänden definiert. In Wirklichkeit ging es darum, Wettbewerber auszuschalten. Mit der Überwindung dieses Standpunktes begann die marktwirtschaftliche Revolution und der Aufstieg des Westens. Warum nicht demnächst Maximallöhne und vielleicht – aus Gründen der Parität – auch einen "Rechtsanspruch auf Gewinn"?

Der Autor ist Wirtschaftsphilosoph, Hochschullehrer und Publizist. Er arbeitet bei "Die Familienunternehmer, ASU"

www.welt.de/welt_print/article1544686/Eine_reaktionaere_Debatte.html

Leserkommentar zum Beitrag von Stefan von Borstel in DIE WELT v. 9.1.08, S. 6: „Warnung vor dem gesetzlichen Mindestlohn“. Von Borstels Beitrag ist am Schluss meines Leserkommentars wiedergegeben.

Mindestlohn, Freibier und historisches Unwissen

Leserkommentar von Fritz W. Peter, 9.1.08

Stefan von Borstels Kommentar „**Warnung vor dem gesetzlichen Mindestlohn**“ spricht am Schluss einen wichtigen Punkt an. Den „Vätern“ des Grundgesetzes war die Tarifautonomie – mit Betonung auf „**Autonomie**“ – ein besonderes Anliegen, weil sich in der Weimarer Republik, in der es ein konsequentes Verfassungsgebot dieser Art nicht gab, gezeigt hatte, dass bei heftigen Tarifkonflikten stets der Ruf nach dem Staat ertönte. Diesem Ruf wurde dann immer wieder gefolgt, ohne dass es andererseits aber gelang, dank der staatlichen Intervention eine für die beteiligten Seiten zufrieden stellende Lösung zu finden. So richtete sich der Unmut unter den Beteiligten mehr und mehr und schließlich wie selbstverständlich auf den damaligen ohnehin prekären Staat.

Die im Ansehen so vieler Deutscher – rechts wie links – ohnehin nicht in gutem Ruf stehende Weimarer Demokratie wurde zusätzlich gefährdet. Der Gefahr solcher Entwicklungen sollte im Grundgesetz der Bundesrepublik vorgebeugt werden – *daher der markant hervorgehobene, umfassend verstandene Grundsatz der Tarifautonomie*. Ein allgemeiner Mindestlohn hebt diesen Grundsatz jedoch aus: die Politik würde fortwährend in Versuchung geführt und geradezu herausgefordert, sich in das Geschehen zw. den Tarifparteien einzumischen, und diese wiederum würden bald alle Verantwortung für missliebige Ergebnisse beim Staat abladen.

Will man wirklich abermals eine böse Saat säen?

DIE WELT – Mittwoch, 09. Januar 2008

Warnung vor dem gesetzlichen Mindestlohn

von Stefan von Borstel, Politikredakteur
WELT online – 08.01.2008 - 16.38 Uhr

Der Mindestlohn ist in aller Munde - doch mancher Gewerkschaft wie der IG Metall schmeckt er nicht. Die zählt nun mal nicht zu den durchsetzungsschwachen Dienstleistungsgewerkschaften, in deren Branchen deutlich schlechter bezahlt wird als in der Industrie. Deshalb will man die Löhne dort lieber selbst verhandeln.

Ganz Deutschland schwelgt in der Mindestlohn-Euphorie. Ganz Deutschland? Nein, es gibt auch Kritiker des gesetzlichen Mindestlohns, und das sogar im Gewerkschaftslager. Während der Deutsche Gewerkschaftsbund für eine gesetzliche Untergrenze von 7,50 Euro die Stunde trommelt, die SPD in Hessen und Niedersachsen mit dem Mindestlohn auf Stimmenfang geht, findet der neue Chef der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, Oliver Burkhard, kritische Worte zu staatlich festgesetzten Lohnuntergrenzen. Dass die IG Metall nicht zu den glühendsten Verfechtern der Mindestlohnidee gehört, ist nicht neu. Aber so deutlich hat das in den letzten Monaten kein Gewerkschafter gesagt. Offenbar wird die rasante Karriere des Mindestlohns den Metallern langsam unheimlich. Die stolzen und gut organisierten Industriegewerkschaften Metall und Bergbau, Chemie, Energie brauchen keine staatlichen Lohnuntergrenzen. Ein Metaller würde für 7,50 Euro die Stunde kaum zur Schicht antreten. Der Mindestlohn ist ein Projekt der durchsetzungsschwachen Dienstleistungsgewerkschaften, in deren Branchen deutlich schlechter bezahlt wird als in der Industrie. In der Industrie wird ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro eher Druck auf die hohen Löhne ausüben. „Was wollt ihr denn, wir liegen doch weit über dem Mindestlohn“, werden Arbeitgeber argumentieren.

Für Metaller wie Burkhard ist klar: Sie brauchen keine Politiker, die Löhne festsetzen, das machen die Gewerkschaften selbst. Ihr Ruf nach dem Gesetzgeber ist auch ein Eingeständnis ihrer Schwäche. Wenn Politiker Lohnuntergrenzen festsetzen, werden sie bald Appetit auf mehr bekommen. Warum nicht auch Lohnerhöhungen beschließen und damit in den Wahlkampf ziehen? Mit einem Mindestlohn schaffen sich die Gewerkschaften ein Stück weit selbst ab. Die IG Metall hat das erkannt. Aber wann begreift es Ver.di?

<http://debatte.welt.de/kommentare/55059/warnung+vor+dem+gesetzlichen+mindestlohn>

Folgende Gedanken sind in Ergänzung meines Leserbriefs vom 12.1.08 nachzureichen, weil darin auf den Struck-Ausspruch „Die können mir mal!“ angespielt wird und nicht jeder Leser später noch wissen wird, was es mit dem zitierten Ausspruch auf sich hatte.

Der Amoklauf des Herrn Struck

Von Fritz W. Peter, 14.1.08

Peter Struck, Fraktionsvorsitzender bzw. Pfeifenmann der SPD im Bundestag, weiß sich volkstümlich auszudrücken: „Die können mir mal!“

Damit meinte er nicht, wie seinerzeit Schröder, die eigene Parteilinke, sondern den Koalitionspartner CDU/CSU. Der wird davon nicht gleich umfallen, aber seine kulturelle Distanz zur SPD (der Sprach- und Umgangsstil ist dabei nur indikativ) erneut registrieren müssen.

Strucks politischer Stil

- > wird nicht am Hindukusch verteidigt,
- > ist nicht sonderlich staatstragend in einer gemeinsamen Koalition, die ja freiwillig eingegangen wurde, und
- > rechtfertigt keinen Mindestlohn für Parlamentarier. Dies vor allem dann nicht, wenn man sich den Auslöser für Strucks – sagen wir, leicht unflätige – Grußbotschaft an den Regierungspartner vor Augen hält.

Wer davon nur aus der Presse oder dem Hörfunk erfahren hat, für den sei nachgereicht, dass er den Ausspruch vor aufgebautem Mikro und vor laufenden Kameras vor den Medienvertretern machte, dass es also nicht ein nebenbei erfolgter Fauxpas war, der eher verzeihlich gewesen wäre.

Auslöser des Ganzen war Struck selber. Er hatte dem hessischen Ministerpräsidenten vorgeworfen, sich über jenen Vorfall in der Münchner U-Bahn gefreut zu haben, bei dem ausländische Jugendliche mit einem Schlagstock hinterrücks auf einen Rentner einschlugen und den zu Boden Gestürzten dann noch mit Fußtritten bearbeiteten. Von CDU-Vertretern zu einer Entschuldigung aufgefordert, hatte Struck nur geantwortet: „Die können mir mal!“

Strucks Verhalten spricht für sich. Der Frust über den Machtverlust nach den verlorenen Wahlen 2005 sitzt tief und ist nicht verwunden. Strucks periodische Ausfälle gegen den Partner oder die Kanzlerin, Ausfälle, die in Zeiten Münteferings allerdings stumpf blieben, unter Beck jedoch kongenialen Widerhall finden, sind Teil eines persönlichen Amoklaufs, der ihn absehbar aus dem Kreis seriöser, niveauvoller politischer Persönlichkeiten entfernen und eher aufs Altenteil befördern werden, als er jetzt selbst glaubt. Und das ist gut so!

Als Beispielfall und Teilaspekt des von Ihnen, sehr geehrter Herr Graw, in Ihrem heutigen Kommentar treffend analysierten Grundkonflikt der Großen Koalition (vor, während und nach Wahlschlachten) war es mir wichtig und angenehm, lebendiges Berliner Anschauungsmaterial als Leserkommentar für die Erinnerung festhalten zu können. [s. *umseitig*]

Der vorstehende Text bzw. Leserbrief bezieht sich auf einen Kommentar v. 14.1.08 in DIE WELT v. Ansgar Graw, „Warum die große Koalition streiten muss. Bestätigung statt Beschädigung“ (S. 6), hier nachfolgend aus der Online-Ausgabe wiedergegeben:

WELT online – 14. Januar 2008, 04:00 Uhr

Von Ansgar Graw

Warum die große Koalition streiten muss

Bestätigung statt Beschädigung

Die große Koalition streitet, und das, so klagt der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle, sei "eine Beschädigung des Ansehens der Politiker, der Parteien, der Parlamente und der politischen Kultur in Deutschland insgesamt".

Doch bei der Kabale zwischen Union und SPD über Mindestlohn (seit Wochen) und Jugendgewalt (neuerdings) handelt es sich weniger um eine "Beschädigung" denn um eine "Bestätigung" der politischen Kultur. Zum programmatischen Code der beiden Volksparteien (und damit inzwischen zum Fundament der Republik) gehört es zwingend, dem anderen die Problemlösungskompetenz abzuspochen und ihn zu bekämpfen, um selbst die Zustimmung der Wählermehrheit zu erhalten. Mithilfe eines Juniorpartners, nicht aber eines nahezu ebenbürtigen Zwangsbündnisses wollen Union und SPD eigene Agenden umsetzen.

Darum bricht jetzt, angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen, der Streit zwischen Union und SPD wieder auf. Ein Verdrängungswettbewerb der beiden Großen, die zwar nicht inhaltlich diametral gegeneinander stehen, aber doch im Anspruch auf das Kanzleramt.

Allerdings hatte uns die große Koalition zu Beginn ihrer Arbeit einen "neuen Stil" versprochen - sachlicher, pragmatischer, effizienter wolle man die großen Probleme lösen, hatten Kanzlerin Angela Merkel und ihr damaliger Stellvertreter Franz Müntefering in der keineswegs euphorischen Auftaktphase angekündigt. Doch einen solchen Stil auf Dauer durchzuhalten käme der Illusion gleich, den Tiger reiten zu können oder einen Eisbären über seine Baby Monate hinaus als Kuscheltier zu verniedlichen.

Das mag manchen enttäuschen. Allerdings sicher nicht den FDP-Chef Westerwelle, für dessen Partei es natürlich die schlimmste aller denkbaren Varianten wäre, würde die große Koalition tatsächlich harmonisch und geräuscharm selbst zu Zeiten von Landtagswahlkämpfen regieren und reformieren.

www.welt.de/welt_print/article1550300/Bestaetigung_statt_Beschaedigung.html

Ergänzend möchte ich hier eine Gemeinsame Erklärung von BDA, BDI, DIHK und ZDH zur Mindestlohn-Thematik, veröffentlicht am 11. Januar, wiedergeben, in der eindringlich, sachlich resümierend, auf Folgen der Verstaatlichung der Lohnpolitik hingewiesen wird:

Dokumentation

Deutschland, Hochlohnland

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft fordern die Bundesregierung auf, die beabsichtigten Änderungen des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes von 1952 und des Entsendegesetzes aufzugeben. Mit der Novellierung dieser beiden Gesetze würde der verhängnisvolle Irrweg staatlicher Lohnfestsetzungen fortgesetzt. Das Beispiel Post hat gezeigt, dass gesetzliche Mindestlöhne in großem Umfang vorhandene Arbeitsplätze vernichten und Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze verhindern können.

Deutschland ist kein Niedriglohnland, sondern ein Hochlohnland mit durchschnittlichen Stundenlöhnen über 20 Euro. Es trifft nicht zu, dass vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Deutschland zunehmend auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen sind. Es handelt sich bei den "Aufstockern" überwiegend um Teilzeitarbeitnehmer und Minijobber. Wenn Vollzeitbeschäftigte ergänzendes ALG II erhalten, dann in der Regel durch Familienleistungen der Grundsicherung. Nach den aktuellsten verfügbaren Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gibt es lediglich 64 000 alleinstehende vollzeitbeschäftigte Aufstocker. Das sind 0,15 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland. Neue Untersuchungen belegen, dass vollzeitbeschäftigte Aufstocker im Durchschnitt einen Stundenlohn von 10,40 Euro haben. Die Zahl der Aufstocker liefert daher keinerlei Indiz für ein wachsendes Niedriglohnproblem in Deutschland.

Deutschland hat nicht zu viel, sondern zu wenig Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich. Wir müssen den Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten erschließen, damit diejenigen eine Einstiegschance auf dem Arbeitsmarkt bekommen, die keine Ausbildung und keinerlei Qualifizierung haben oder seit Jahren arbeitslos sind. Mindestlöhne oberhalb der Marktlöhne schaden gerade denjenigen, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Gesetzliche Löhne, die wie bei der Briefzustellung 30 Prozent über den Durchschnittslöhnen der Branche liegen, sind nicht nur ökonomisch schädlich, sondern unsozial, weil sie gerade den Schwächeren die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nehmen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Ländern mit gesetzlichen Mindestlöhnen belegt dies.

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern gewährleistet das deutsche Sozialsystem ein Mindesteinkommen und Existenzminimum mit der faktischen Wirkung eines Mindestlohnes. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in Europa haben wir in Deutschland ein ausgebautes System der Tarifautonomie, in das der Gesetzgeber nicht eingreifen sollte. Wenn die Tarifpartner in zahlreichen Branchen untere Lohngruppen unter 7,50 Euro vereinbart haben, so darf der Staat diese Vereinbarungen nicht außer Kraft setzen.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft appellieren an alle Verantwortlichen, staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie zu unterlassen und die Chancen von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt nicht durch gesetzliche Mindestlöhne zu untergraben.

www.dihk.de/inhalt/informationen/news/meldungen/meldung010326.html

Etwas zurückliegende eigene Beiträge, die leider ihre Aktualität bewahrt haben:

Die SPD und ihr Personal: Politischer Humor zum Weinen

[Agenda Realitätsverweigerung]

www.wadinet.de/news/dokus/1508_Politischer-Humor-zum-Weinen.pdf

April 2007 (8 S.)

Schröder. Von der Politik der ruhigen Hand zur leeren Hand

www.wadinet.de/news/dokus/2003_Politik-der-leeren-Hand.pdf

Juli 2005 (4 S.)

(stag)NATION DEUTSCHLAND

[am Beispiel einer Sabine-Christiansen-Sonntags-Talkrunde]

www.wadinet.de/news/dokus/2001_stagNATION-Deutschland.pdf

März 2005 (3 S.)

Deutschland: Innere Reformfähigkeit zweifelhaft

[ergänzter Auszug aus meiner Denkschrift vom Aug. 2003, a.a.O.]

www.wadinet.de/news/dokus/2004_Reformfaehigkeit-zweifelhaft.pdf

2003 (4 S.)